



Stadt Halle (Saale)

08.11.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses vom 10.10.2023:

**zu 5.1 Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem
Haushaltsjahr 2024 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für
das Haushaltsjahr 2024 sowie den Beteiligungsbericht 2022
Vorlage: VII/2023/06097**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2024. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2024 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2024 mit dem Haushaltsplan 2024.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2022 zur Kenntnis.

F.d.R.

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

08.11.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses vom 10.10.2023:

**zu 5.2 Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) - Teilplan
Schulsozialarbeit für die Schuljahre 2024/25 - 2027/28
Vorlage: VII/2023/05987**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die in der Anlage vorgelegte Teilplanung für die Leistung Schulsozialarbeit für die Schuljahre 2024/25 bis 2027/28 für die Stadt Halle (Saale). Dies betrifft den Zeitraum vom 01.08.2024 bis 31.07.2028.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Teilplanung dargestellten Schulsozialarbeitsprojekte umzusetzen. Für einzelne Schulsozialarbeitsprojekte, die der Konkretisierung bedürfen, sind den zuständigen Gremien gesonderte Beschlussvorlagen einzureichen.

F.d.R.

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

08.11.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses vom 10.10.2023:

**zu 5.3 Variantenbeschluss - Grundschule "Rosa Luxemburg" -
Schulstandort in der Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05918**

Abstimmungsergebnis: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Variante 2 - Teilabbruch, Sanierung Bestand und Ergänzungsneubau für den künftigen Schulstandort der Grundschule „Rosa Luxemburg“ in der Trakehnerstraße 1 als Vorzugsvariante i.H.v. 18.100.000,00 € (brutto) und beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis mit der weiteren Planung.

F.d.R.

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

08.11.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses vom 10.10.2023:

**zu 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum
Variantenbeschluss - Grundschule "Rosa Luxemburg" -
Schulstandort in der Trakehnerstraße 1, 06124 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/06257**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Variante ~~2 – Teilabbruch, Sanierung Bestand und
Ergänzungsneubau~~ **3 - Gesamtabbruch und Neubau Schulgebäude** für den künftigen
Schulstandort der Grundschule „Rosa Luxemburg“ in der Trakehnerstraße 1 als
Vorzugsvariante i.H.v. ~~18.100.000,00~~ **20.000.000,00** € (brutto) und beauftragt die Verwaltung
auf dieser Basis mit der weiteren Planung.

F.d.R.

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

08.11.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses vom 10.10.2023:

- zu 5.4 Änderung des Baubeschlusses zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Grundschule „Am Ludwigsfeld“, Wörmitzer Straße 93, 06110 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2023/06142**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses vom 19.01.2023 (VII/2022/05008) Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Grundschule „Am Ludwigsfeld“, Wörmitzer Straße 93, 06110 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ mit einem erhöhten Kostenrahmen in einem Gesamtwertumfang von 1.985.300 Euro.
2. Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich des Beschlusses zu 1., eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2023 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21101080.700 Projekt: Grundschule „Am Ludwigsfeld“ (Digitalpakt-PPP); HHPL Seiten 1002, 1247, 1273



Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 156.700 Euro

Die Deckung erfolgt aus folgender Maßnahme:

8.21101088.700 Grundschule „Karl-Friedrich-Friesen“ (mit DP); HHPL Seiten 1009, 1247

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 156.700 Euro

3. Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich des Beschlusses zu 1., eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2023 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21101080.700 Projekt: Grundschule „Am Ludwigsfeld“ (Digitalpakt-PPP); HHPL Seiten 1002, 1247, 1273

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 553.900 Euro

Die Deckung erfolgt aus folgender Maßnahme:

8.42401028.700 Sportkomplex Robert-Koch-Straße, Ersatzneubau Laufhalle; HHPL Seiten 854, 1258, 1276

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 553.900 Euro

F.d.R.

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

08.11.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses vom 10.10.2023:

- zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Einführung eines 9-Euro -Tickets für Hallesche Schülerinnen und
Schüler
Vorlage: VII/2023/05680**
-

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Einführung eines ~~ÖPNV-Tickets~~ **9- Euro-Tickets** für Hallesche Schülerinnen und Schüler zum 1.02.2024.
2. Anspruchsberechtigt sind unabhängig von der Entfernung zwischen Wohnanschrift und Schule gemäß §71 (2) und 4 (a) des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9.08.2018 alle Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen vom 1. bis zum 13. Schuljahrgang sowie Berufsschülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvergütung, die ihren Wohnsitz in Halle (Saale) haben und eine Schule in Halle (Saale) besuchen. Anspruchsberechtigt sind auch Kinder bis 18 Jahren, die ihren Wohnsitz in der Stadt Halle (Saale) haben, über kein eigenes Einkommen verfügen und begründet keine Schule besuchen sowie Hallenser Schülerinnen und Schüler, die auf Grund einer körperlichen und / oder geistigen Behinderung im freigestellten Schülerverkehr (Schülerspezialverkehr) zur Schule befördert werden.
3. Schülerinnen und Schüler, die gemäß § 71(2) SchulG LSA in Verbindung mit der „Satzung über die Schülerbeförderung der Stadt Halle“ Anspruch auf eine



Schülerjahreskarte haben, erhalten das ~~ÖPNV-Ticket~~ **9-Euro-Ticket** für Hallesche Schülerinnen und Schüler kostenfrei.

4. Alle übrigen anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler können das Ticket im Jahres-Abo für 9 EUR pro Monat erwerben.
5. Die Stadtverwaltung verhandelt mit der HAVAG den Preis zur Einführung eines solchen Tickets. Die Kosten werden in den Haushaltsentwurf 2024 eingestellt. Grundlage kann dafür das Modell des ~~ÖPNV-Tickets~~ **9-Euro-Ticket** für Schülerinnen und Schüler in Magdeburg sein.

F.d.R.

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

08.11.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses vom 10.10.2023:

**zu 6.2 Antrag der Fraktion der Freien Demokraten zum Schutz hallescher
Schülerinnen und Schüler vor Diebstahl und Gewalt
Vorlage: VII/2023/06197**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, vor Schulen, an denen es in den letzten 6 Monaten vermehrt zu Raub- und Gewaltdelikten gekommen ist, Sicherheitsdienste abzustellen. Diese sollen vorrangig zu Schulschluss vor der jeweiligen Schule und im nahen Umfeld kontrollieren und Überfälle abwehren.

Es ist zu prüfen, inwieweit bestehende Verträge mit Sicherheitsfirmen angepasst werden können oder eine zeitliche Umsetzung des Personals erfolgen kann.

F.d.R.

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin